

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Michael Luther, Dr.-Ing. Paul Krüger, Günter Nooke, Katherina Reiche, Manfred Kolbe und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Weiterführung des Jahresberichtes der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den aufgrund des Beschlusses vom 9. Mai 1996 vorzulegenden Bericht zum Stand der Deutschen Einheit weiterhin jährlich in gleicher Form bis einschließlich des Jahres 2004 dem Parlament zur Debatte vorzulegen. Darin soll sie Rechenschaft ablegen über ihre Politik zur Angleichung der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen im vereinten Deutschland. Darüber hinaus soll die Bundesregierung darüber Auskunft geben, was sie im laufenden Jahr zu tun gedenkt, um weitere Fortschritte bei der Herstellung der Deutschen Einheit zu erzielen. Der Bericht soll anlässlich des Jahrestages der Deutschen Vereinigung im Herbst eines jeden Jahres im Deutschen Bundestag debattiert werden.

Berlin, den 6. Oktober 1999

**Dr. Michael Luther  
Dr.-Ing. Paul Krüger  
Günter Nooke  
Katherina Reiche  
Manfred Kolbe  
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**

### **Begründung**

Trotz erheblicher Fortschritte bei der Überwindung der Deutschen Teilung ist ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen West und Ost in Deutschland noch nicht erreicht. Dies gilt für die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie für die persönliche Lebenssituation der Menschen. Auch im Bewusstsein vieler Bürgerinnen und Bürger ist die Ungleichheit zwischen Ost und West nach wie vor vorhanden. Dies ist auch verständlich, da den Menschen in Ostdeutschland nach der Währungsunion der größte ökonomi-

sche, soziale und politische Strukturbruch in der neueren Geschichte zugemutet wurde.

Auch wenn gerade in den letzten Jahren der wirtschaftliche Aufbau in Ostdeutschland deutlich voran gekommen ist und das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West abgenommen hat, gibt es derzeit wieder gegenteilige Tendenzen. Weiterhin sind die neuen Länder auf die Solidarität des Gesamtstaates angewiesen.

Der Deutsche Bundestag hat mit seinem Beschluss vom 9. Mai 1996 die Bundesregierung – befristet auf drei Jahre – aufgefordert, einen Bericht der Bundesregierung zu Stand und Entwicklung der Deutschen Einheit, in dem sie Rechenschaft über ihre Politik zur Angleichung der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen im vereinten Deutschland abgibt, vorzulegen. Die Bundesregierung hat den Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 1999 zum Jahrestag der Deutschen Einheit zum letzten Mal vorzulegen.

Weiterhin ist jedoch ein dringender Bedarf für eine entsprechende Unterrichtung des Deutschen Bundestages durch die Bundesregierung über den Stand der Deutschen Einheit gegeben. Deshalb soll der aufgrund des Beschlusses vom 9. Mai 1996 vorzulegende Bericht der Bundesregierung in gleicher Form bis einschließlich des Berichtes für das Jahr 2004, also dem Ende des derzeitigen Solidarpaktes, vor gelegt und jeweils anlässlich des Jahrestages der Deutschen Vereinigung im Herbst eines jeden Jahres im Deutschen Bundestag debattiert werden.